Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister - **Dezernat II** **Amt** 20	**Drucksache** DS0854/02	**Datum** 07.01.2003

Beratungsfolge	**Sitzung** **Tag**	**Ö**	**N**	**Beschlussvorschlag**		
				angenom-men	abge-lehnt	geän-dert
Der Oberbürgermeister	07.01.2003		X	X		
Finanz- und Grundstücksausschuss	14.03.2003	X				

beschließendes Gremium Stadtrat	03.04.2003	X			

beteiligte Ämter	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		[X]
	KFP		[X]

Kurztitel:

Haushaltsplanentwurf 2003
- Entwurf Haushaltssatzung 2003
- Entwurf Finanzplan bis 2006
- Entwurf Investitionsprogramm bis 2006
- Entwurf Stellenplan 2003

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis:

1. den Entwurf der Haushaltssatzung 2003 mit dem Haushaltsplan 2003 - Verwaltungshaushalt - und den Anlagen,
2. den Budgetvorschlag des Verwaltungshaushaltes,
3. den Entwurf des Vermögenshaushaltes in Form der Investitionsprioritätenliste von 2003 bis 2006,
4. den Arbeitsstand des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2006
5. den Entwurf des Stellenplanes 2003.

Der Stadtrat überweist diese Entwürfe zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
X		2003	JA	X	NEIN	

Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/ Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgelasten ab Jahr keine ☐	**Finanzierung** Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	**Jahr der Kassenwirksamkeit**
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt		**Verpflichtungsermächtigung**	**Finanzplan / Invest. Programm**
veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Mehreinn.: ☐ davon Verwaltungshaushalt im Jahr mit Euro Haushaltsstellen	veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Mehreinn. ☐ davon Vermögenshaushalt im Jahr mit Euro Haushaltsstellen Prioritäten-Nr.:	veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Jahr Euro	veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐ Mehreinn.: ☐ Jahr Euro

federführendes Amt	Sachbearbeiter Frau Bannier/5402504; Frau Kuhnhold/5402309	Unterschrift AL Herr Eisermann

Verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Herr Czogalla

Begründung

1. Verwaltungshaushalt

1.1 Gesamteinschätzung

Gemäß Verfügung des Oberbürgermeisters vom 21.05.2002 zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2003 wurden von allen Ämtern termingerecht die Mittelanmeldungen bei der Stadtkämmerei eingereicht. Nach der Erfassung aller Daten war im Verwaltungshaushalt zunächst ein **Fehlbedarf von ca. 36,2 Mio. EUR** zu verzeichnen.

Ausgehend vom Runderlass des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt vom 05. 07.2002 zur Haushalts- und Finanzwirtschaft 2002 der Kommunen mit ergänzenden Hinweisen für das Haushaltsjahr 2002 und für die Aufstellung der Finanzpläne bis 2006 verringern sich die Finanzzuweisungen für das Haushaltsjahr 2003 erheblich. Die Änderung des Haushaltsgesetzes 2002 sieht gegenüber dem Ursprungsplan 2002 eine Verringerung der Finanzausgleichsmasse um 83.250.100 EUR für alle Kommunen Sachsen-Anhalts vor. Die Minderung der Finanzausgleichsmasse 2002 wird aber nicht mehr in diesem Jahr umgesetzt, sondern mit der Finanzausgleichsmasse des Jahres 2003 verrechnet.

Es werden ferner die bis einschließlich 2006 zu erwartenden Steuereinnahmen der Kommunen dargestellt. Dramatisch bleibt die Entwicklung bei der Gewerbesteuer, die sich auf niedrigem Niveau nur sehr langsam erholen soll. Die Gewerbesteuereinnahmen werden sich um ca. 4,9 Mio. EUR gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 vermindern.

Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 29.08.2002 die Eckwerte zur Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2003 und der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006 mit dem Ziel, den sich abzeichnenden Fehlbedarf zu reduzieren. Es wurden Eckwerte der Budgets des Verwaltungshaushaltes für 2003 beschlossen und für die Jahre 2004 bis 2006 gedeckelt, die Personalausgaben des Deckungskreises DKPK4 für den Haushaltsplanentwurf 2003 auf dem Niveau des 1. Nachtragshaushaltes 2002 eingefroren. Zukünftige Tarifveränderungen dürfen nicht zu Ausgabeerhöhungen bei den Personalkosten führen. Dies ist durch geeignete Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu gestalten. Zuschüsse an Gesellschaften und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Magdeburg wurden gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 um 2,5 % reduziert. Bis 2006 sind die Zuschüsse jährlich um 2,5 % zu senken. Weitere nicht der Budgetierung unterliegende Haushaltsansätze sind zu überprüfen und sofern beeinflussbar, zu reduzieren.

Die Einhaltung des Beschlusses über die Eckwerte der Budgets des Verwaltungshaushaltes konnte nicht durchgängig erreicht werden. Der Mehrbedarf gegenüber dem Eckwertebeschluss von ursprünglich 6,1 Mio. EUR ist aufgrund von Veränderungen auf derzeit 3,6 Mio. EUR gesunken. Im Einzelnen wird zu den Abweichungen nachfolgend Stellung genommen. In der Anlage 6, Ziffer 1 werden die Veränderungen dargestellt.

Hinsichtlich der Entwicklung der Personalausgaben wird auf die Anlage 6, Ziffer 3 verwiesen. Das Einsparpotential ist bislang in der Berechnung des Fehlbedarfs noch nicht enthalten.

Die beschlossenen Zuschüsse an städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe wurden überwiegend eingehalten. Abweichungen sind bei der Stadthallenbetriebsgesellschaft mbH durch die Eingliederung des AMO - Kultur- und Kongresshauses (125.700 EUR), der Magdeburger Hafen GmbH (20.400 EUR) und der Magdeburger Messebetriebsgesellschaft mbH & Co. KG (20.300 EUR) zu verzeichnen (vgl. Anlage 6, Ziffer 2).

Entsprechend dem Runderlass des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt vom 29.10.2002 zur Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommunen im Haushaltsjahr 2003 verringern sich die zu erwartenden Einnahmen der Landeshauptstadt Magdeburg bei der Schlüsselzuweisung des Landes um weitere 6,6 Mio. EUR und bei der Zuweisung zur Milderung der Belastungen durch Sozialhilfe und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um 0,7 Mio. EUR. Gleichzeitig weist das Ministerium darauf hin, dass mit der Anfang November erfolgenden Steuerschätzung geringere Steuereinnahmen für das Jahr 2003 zu erwarten sind, die sich ihrerseits negativ auf die Höhe der Finanzausgleichsmasse auswirken werden. Ausführliche Information zur Haushaltswirtschaft erhalten die Kommunen nach Auswertung der November Steuerschätzung.

Gegenüber der Fassung dieser Drucksache vom 18.11.2002 beläuft sich der **Fehlbedarf** im Verwaltungshaushalt **von 41.505.800 EUR** in der jetzigen Fassung (07.01.2003) nur noch **auf 36.880.600 EUR.**

Darüber hinaus ist die mittelfristige Finanzplanung 2002 bis 2006 (siehe Anlage 3) nicht ausgeglichen und weist für die Jahre 2004 bis 2006 jeweils folgenden Fehlbedarf aus:

2004 11.423.000 EUR
2005 51.179.000 EUR – hierin enthalten der Fehlbedarf 2003 in Höhe von 36.880.600 EUR
2006 12.863.300 EUR – hierin enthalten der Fehlbedarf 2004 in Höhe von 11.423.000 EUR

Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 7 GemHVO ist vom Stadtrat ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen, sofern der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird. Mit der Drucksache 0584/02 hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 29.08.2002 ein erstes Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen. In jedem Dezernat wurden Arbeitsgruppen Haushaltskonsolidierung gebildet, die das Haushaltskonsolidierungskonzept untersetzen sollen. Mit der Anlage 6 wird zur Entwicklung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes informiert.

1.2 Entwicklung ausgewählter Einnahmearten

Die Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushalts verringern sich gegenüber dem Volumen des 1. Nachtragshaushaltsplans 2002 um 31.486.800 EUR.

Im Wesentlichen sind Veränderungen der Einnahmen bei folgenden Einnahmearten festzustellen:

Schlüsselzuweisungen vom Land	Mindereinnahme	19.844.000 EUR
Zuweisungen Sozialhilfelasten	Mindereinnahme	1.575.500 EUR
Gewerbesteuer	Mindereinnahme	4.912.600 EUR
Verwaltungsgebühren	Mindereinnahme	495.000 EUR
Benutzungsgebühren u. ähnliche Entgelte	Mindereinnahme	730.900 EUR
Zuweisungen vom Land	Mindereinnahme	2.144.100 EUR
Zinseinnahmen	Mindereinnahme	529.000 EUR
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mehreinnahme	4.837.500 EUR
Erstattungen vom Land	Mehreinnahme	1.889.300 EUR

In der nachfolgenden Tabelle werden wesentliche Einnahmen 2003 dem Ansatz des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2002 und dem Rechnungsergebnis 2001 gegenübergestellt und anschließend erläutert.

Entwicklung ausgewählter Einnahmearten

- in EUR -

Bezeichnung	Gr.-Nr.	Ansatz 2003	NTH 2002	Rechnung 2001
Grundsteuer A	000	200.000	184.000	175.813
Grundsteuer B	001	26.791.500	26.613.900	24.975.550
Gewerbesteuer	003	53.627.600	58.540.200	48.397.082
Gemeindeanteil Einkommensteuer	010	24.326.800	19.489.300	22.080.501
Schlüsselzuweisung einschl. Zuweisungen Sozialhilfelasten	041	145.459.000	166.878.500	174.800.649
Sonstige Zuweisungen	061			
- Straßenbaulast		142.300	142.300	109.909
- Jugendpauschale		895.600	959.600	974.576
- Spielbankabgabe		500.000	500.000	501.808
- Schülerbeförderung		991.000	983.700	980.278
Gebühren und ähnliche Entgelte	10 und 11	26.638.200	27.864.100	28.503.443
Einnahmen aus Verkauf, Mieten und sonstige Verw.- und Betriebseinnahmen	13 - 15	5.932.100	5.714.000	9.842.366
Erstattg. v. Ausgaben des Verwaltungs-haushaltes (ohne Gr.-Nr.169)	16	39.130.000	38.982.600	37.286.365
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	17	37.658.500	39.578.700	37.095.802
Zinseinnahmen	20	1.686.400	2.215.400	3.372.413
Gewinnanteile/Konzessionsabgabe	21 und 22	12.317.900	12.565.000	10.309.347
Schuldendiensthilfe vom Land	23	1.472.500	1.472.500	1.472.520
Ersatz sozialer Leistungen	24 und 25	7.921.600	7.551.000	7.467.187
weitere Finanzeinnahmen	26	3.449.300	3.399.700	3.576.026
Kalkulatorische Einnahmen	27	553.300	590.600	715.550

<u>Steuern</u>

Die Hebesätze der Realsteuern werden für das Jahr 2003 nicht geändert.
Die Hebesätze betragen:

	Magdeburg	Ortschaft Beyendorf – Sohlen
Grundsteuer A	250 v.H.	200 v.H.
Grundsteuer B	450 v.H.	300 v.H.
Gewerbesteuer	450 v.H.	300 v.H.

Gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 sinken die Realsteuereinnahmen um 4.719.000 EUR. Verursacht wird dieser Rückgang ausschließlich durch die Gewerbesteuer.

Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Gr.-Nr. 13 – 15)

Die Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Erbbauzinsen werden 2003 voraussichtlich um 81.400 EUR steigen. Ausschlaggebend hierfür ist die Änderung des Pachtvertrages mit dem Kleingartenverband für Dauerkleingärten im Einzelplan 8. Mindereinnahmen im Einzelplan 2 resultieren aus der Kündigung des Vertrages mit der Fachhochschule.

Weitere Vertragsänderungen zu Verkaufsständen am Barleber See und die Kündigung des Vertrages „Große Diesdorfer Straße“ mindern im Einzelplan 5 die Einnahmen. Mehreinnahmen bei der Gruppierung 150 wurden überwiegend innerhalb der Budgets in Höhe von 382.100 EUR für voraussichtliche Rückerstattungen von der SWM für Energieabschlagszahlungen eingeplant.

Erstattungen (Gr.-Nr. 16)

Die Erstattungen steigen 2003 um 1.889.300 EUR an, da vom Land für das Grundsicherungsgesetz Einnahmen in Höhe von 2.200.000 EUR veranschlagt wurden. Alle weiteren Erstattungen, überwiegend im Einzelplan 4, sind rückläufig (310.700 EUR).

Zinseinnahmen Gr.-Nr. 20)

Der Haushaltsansatz für Zinseinnahmen verringert sich gegenüber dem Haushaltsansatz 2002 um 529.000 EUR. Zinseinnahmen werden erwartet aus Darlehensverträgen, aus Derivaten, und aus Zinserträgen bei vermögensrechtlicher Zuordnung von Grundstücken.

Gewinnanteile / Konzessionsabgabe (Gr.-Nr. 21 - 22)

Der Haushaltsansatz für Einnahmen aus Konzessionsabgaben wurde anhand von Zahlenangaben aus einer Aufsichtsratssitzung der SWM gebildet. Die Einnahmen steigen gegenüber dem Vorjahr um 105.000 EUR auf nunmehr 7.723.700 EUR. Gewinnanteile von städtischen Gesellschaften sind nur bei der SWM veranschlagt (gesamt 4.516.200 EUR).

1.3 Entwicklung ausgewählter Ausgabearten

Die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts steigen gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 um 10.019.400 EUR an.

Wesentliche Veränderungen bei den Ausgaben gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 zeichnen sich ab bei:

Personalausgaben (Gr.-Nr. 4)	Mehrausgabe	7.185.300 EUR
Zuschüsse an freie Träger (Gr.-Nr. 717)	Mehrausgabe	1.026.800 EUR
Schuldzinsen (Gr.-Nr. 80)	Mehrausgabe	2.800.700 EUR
Zuführung an den Vermögens-haushalt (Gr.-Nr. 86)	Mehrausgabe	874.500 EUR

Sächlicher Verwaltungs- u. Betriebs-aufwand (Gr.-Nr. 5)	Minderausgabe	168.000 EUR
Zuschüsse an öffentliche wirt-schaftliche Unternehmen (Gr.-Nr. 715)	Minderausgabe	1.761.400 EUR
Leistungen der Sozialhilfe u. a. soziale Leistungen (Gr.-Nr. 73-79)	Minderausgabe	574.200 EUR

Die Entwicklung ausgewählter Ausgabearten ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

- in EUR -

Bezeichnung	Gr.-Nr.	Ansatz 2003	NTH 2002	Rechnung 2001
Personalausgaben	4	182.928.000	175.742.700	172.405.400
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	5	69.664.400	69.832.400	73.759.440
Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	61 - 66	10.122.200	10.347.000	9.774.900
Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	67	14.126.700	15.139.400	14.983.472
Kalkulatorische Kosten	68	553.300	590.600	715.550
Zuweisungen und Zuschüsse	71	63.030.400	63.312.600	62.101.366
darunter:				
an öffentl. wirtschaftl. Unternehmen	715	43.590.800	45.352.200	47.004.927
an übrige Bereiche	717	19.421.100	17.745.700	14.023.441
Soziale Leistungen	73 - 79	85.347.000	84.772.800	80.619.076
Schuldzinsen	80	16.004.500	13.203.800	12.431.777
Gewerbesteuerumlage	810	9.295.500	9.036.900	5.271.273
Zuführung zum Vermögenshaushalt	86	8.469.000	7.594.500	7.411.047

Personalausgaben (Gr.-Nr. 4)

Grundlage für die Personalkostenplanung bildet der 1. Nachtragsstellenplan 2002 einschließlich der mit dem Hauptamt abgestimmten Einzelmaßnahmen. Tarifangleichungen Ost/West wurden in Höhe von 2 % berücksichtigt. Alle „kw-Vermerke“ 2002 wurden bei der Planung der Personalkosten 2003 berücksichtigt, d. h. es wurden für diese Stellen keine Personalkosten im Haushaltsplanentwurf eingestellt. Gesperrte Stellen wurden entsprechend des Zeitraumes der Sperre berücksichtigt. Eingearbeitet wurde ein durchschnittlicher Beitragssatz für die Krankenversicherung von 15 % und die Steigerung des Umlagesatzes der ZVK von 1,6 % auf nunmehr 5,4 %.

Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 39,7 %, die Steigerung gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 beträgt 0,65 Prozent.

Der Anteil der Personalausgaben der Verwaltung (DKPK4) beträgt 33,5 %. Hierin nicht enthalten sind:

-	Aufwandsentschädigung (Gr.400)		274.000 EUR
-	Personalkosten der Theater:		
		Theater der Landeshauptstadt	16.141.900 EUR
		Freie Kammerspiele	3.931.600 EUR
		Städtisches Puppentheater	1.409.700 EUR
-	Personalkosten ABM		6.434.100 EUR
-	Beschäftigungsentgelte(Gr. Nr. 416) innerhalb der Budgetierung		1.606.400 EUR.

Im Deckungskreis DKPK4 sind für das Haushaltsjahr 2003 Mittel in Höhe von 154.084.300 EUR erfasst.

Entwicklung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

In der Zusammenfassung aller Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung sind Ausgaben in Höhe von 11.055.600 EUR und Einnahmen von 5.502.800 EUR im Haushaltsplanentwurf 2003 veranschlagt, der städtische Zuschuss beträgt 5.552.800 EUR. Dieser Zuschuss hat sich gegenüber dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2002 um 61.200 EUR verringert. Der Rückgang ist zurückzuführen auf:

- keine Vergabe - ABM im Bereich des Sport- und Schulverwaltungsamtes	- 66.600 EUR
- einmalige Bereitstellung von Mitteln aus dem Tiefbauamt	- 13.000 EUR
- Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für AQB und GISE	+ 18.400 EUR.

Die Ausgaben für den Bereich „Hilfe zur Arbeit“ betragen 6.595.800 EUR und erhöhen sich gegenüber dem Nachtragshaushaltsplan 2002 um 475.300 EUR. Hierin enthalten sind ESF-Mittel in Höhe von 2.214.700 EUR.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gr.-Nr. 50 - 58)

Nachfolgend wird die Entwicklung des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes dargestellt:

- in EUR -

Bezeichnung	Gr.-Nr.	PE 2003	NTH 2002	Rechnung
Unterhaltung der Grundstücke u. baul. Anlagen	50	5.952.500 1,29%	8.654.300 1,92%	9.483.216 2,16%
Unterhaltung des sonst. unbewegl.Vermögens	51	18.267.900 3,97%	18.402.400 4,09%	19.665.307 4,47%
Geräte, Ausstattungsgegenstände usw.	52	1.813.400 0,39%	1.766.400 0,39%	1.583.016 0,36%
Mieten und Pachten	53	2.309.700 0,50%	2.367.100 0,53%	2.346.322 0,53%
Bewirtschaftung der Grundstücke u. baul. Anl.	54	22.593.900 4,91%	20.720.200 4,60%	22.022.342 5,01%
Haltung von Fahrzeugen	55	898.700 0,20%	1.055.000 0,23%	993.129 0,23%
Besondere Aufwendungen für Bedienstete	56	808.200 0,18%	782.000 0,17%	614.021 0,14%
Verbrauchsmittel	57	2.672.300 0,60%	2.722.100 0,60%	2.517.674 0,57%
Sonstige Sachausgaben	58	14.347.800 3,12%	13.362.900 2,97%	14.534.412 3,30%
Gesamt **Prozent zu den Gesamtausgaben**	**5**	**69.664.400** **15,14%**	**69.832.400** **15,52%**	**73.759.439** **16,77%**

Gegenüber dem Vorjahr reduzieren sich die Ausgaben des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes um 168.000 EUR. Hervorzuheben sind hierbei die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Gr.-Nr. 50) mit einem Rückgang von 2.701.800 EUR und die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Gr.-Nr. 54)) mit einer Steigerung von 1.873.700 EUR. In den Gruppierungen 50 und 51 wurden von den Budgetverantwortlichen Kürzungen bis zu 5 % vorgenommen. Der Aufwuchs in der Gruppierung 54 ist auf Mehrausgaben für Energie, vorrangig im Sport- und Schulverwaltungsamt, zurückzuführen.

Im Dezernat III, Budget 3, steigen die Ausgaben für Standortmarketing, Akquise, Bestandsbetreuung und weiteren Maßnahmen der regionalen Zusammenarbeit und Regionalplanung (Gr.-Nr. 58).

Zuschüsse an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen (Gr.-Nr. 715)

Gegenüber dem Vorjahr sinken die Ausgaben dieser Gruppierung um 1.761.400 EUR. Insgesamt ist der Rückgang der Zuschüsse an städtische Gesellschaften und Eigenbetriebe auf den Eckwertebeschluss zur Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfes 2003 zurückzuführen.
Auf der Basis des 1. Nachtragshaushaltsplanes 2002 wurden die Zuschüsse um 2,5 % gekürzt. Überwiegend sind diese Vorgaben eingehalten worden. Abweichungen bestehen bei drei Gesellschaften. Die Stadthallenbetriebsgesellschaft mbH benötigt 125.700 EUR mehr, da nach dem ersten Geschäftsjahr des Hallenverbundes und den dabei festgestellten Erlösabweichungen vom Plan beim AMO eine Reduzierung nicht möglich ist. Für die Magdeburger Hafen GmbH wurden 20.400 EUR mehr in den Haushaltsplanentwurf eingestellt, da der Zuschuss der Landeshauptstadt Magdeburg in Absprache mit den Mitgesellschaftern bis 2004 festgelegt wurde. Die Höhe des Zuschusses an die Magdeburger Messebetriebsgesellschaft mbH & Co. KG entspricht dem Stadtratsbeschluss 1369-38(III)01. Die Vorgabe laut Eckwertebeschluss wird jedoch um 20.300 EUR überschritten.

Zuschüsse an freie Träger (Gr.-Nr. 717)

Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2003 veranschlagten Mehrausgaben von 1.026.800 EUR sind überwiegend auf die Ausgliederung von Kindertagesstätten/Horte an freie Träger zurückzuführen (UA 46400). Die Zuschüsse an den Kleingartenverband steigen um 40.200 EUR (Beschluss Nr. FG 190-74(III)02).

Leistungen der Sozialhilfe u.a. soziale Leistungen (Gr.-Nr. 73 – 79)

Zum 01.01.2003 tritt das Gesetz über bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GsiG) in Kraft. Der infrage kommende Personenkreis konnte aufgrund fehlender Erfahrungswerte nur grob geschätzt werden. Ein Teil der bis 2002 erfassten Sozialhilfeempfänger wird in die neue Personengruppe wechseln.
Aus diesem Grund werden geplante Ausgaben in Höhe von 2.200.000 EUR aus den Unterabschnitten 41010 und 41030 in den neuen Unterabschnitt 48500 umgesetzt. Dieser Unterabschnitt ist Bestandteil des Deckungskreises DKSOZ. Unter Berücksichtigung der veranschlagten Einnahmen in Höhe von 2.369.700 EUR errechnet sich ein Zuschussbedarf für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von 834.500 EUR.

Im Unterabschnitt 45500 - Hilfe zur Erziehung - wurden die Ausgaben entsprechend der Erfüllung 2002 angeglichen. Damit wurden der Zunahme der Komplexität der Leistungen für die Hilfebedürftigen sowie den gestiegenen Kosten für die erforderlichen Hilfeleistungen entsprochen. Aus diesen Gründen erfolgte eine Erhöhung der Ausgaben gegenüber 2002 um 513.000 EUR.

Schuldzinsen/Zuführung an den Vermögenshaushalt (Gr.-Nr. 80)

Ausgehend von der genehmigten Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2002 und der im Haushaltsjahr 2003 beabsichtigten Kreditaufnahme von 49.158.700 EUR wurden Zinsausgaben in Höhe von 15.082.300 EUR veranschlagt. In Höhe von 100.000 EUR wurden Zinsausgaben an Eigenbetriebe und 122.200 EUR für voraussichtlich aufzunehmende Kassenkredite geplant.
Die Zuführung an den Vermögenshaushalt hat gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgung von Krediten (Pflichtzuführung) zu erfolgen. Für das Haushaltsjahr 2003 wurden 8.469.000 EUR veranschlagt.

1.4 Entwicklung der Budgets

Nachfolgend wird die Entwicklung der Budgets - ausgehend vom Eckwertebeschluss - dargestellt. Veränderungen mit dem Ziel der Einhaltung des Eckwertebeschlusses sind eingearbeitet. Es wird auch auf Anlage 6, Ziffer 1 dieser Drucksache verwiesen.

Budget 0 - Bereich Oberbürgermeister

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	1.374.800 EUR
Umsetzung aus Budget 1/Ämterumzüge	+ 23.000 EUR
	1.397.800 EUR
Planentwurf 2003	1.457.400 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**59.600 EUR**
Erläuterung:	
Raummiete Stadtratssitzungen	3.000 EUR
Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit	6.400 EUR
Geschäftsführungskosten	48.600 EUR
Mitgliedsbeitragserhöhung Deutscher Städtetag	1.600 EUR

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	491.700 EUR
Umsetzung zum Budget 0/Ämterumzüge	- 23.000 EUR
Umsetzung Versicherung Eigenbetriebe Amt 30	- 36.500 EUR
	432.200 EUR
Planentwurf 2003	816.200 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**384.000 EUR**
Erläuterung:	
Mehrbedarf Bürgerbüros	184.000 EUR
Beräumung ehemalige Hausmülldeponie Beyendorf Beschluss FG 209-83(III)02	200.000 EUR

Budget 2 – Finanzen

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	7.625.800 EUR
Planentwurf 2003	7.625.800 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**0 EUR**

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	233.600 EUR
Planentwurf 2003	707.000 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**473.400 EUR**
Erläuterung:	
Entwicklung des Dezernates	473.400 EUR

Budget 4 – Bildung, Sport und Kultur

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	18.433.100 EUR
Telemann-Festtage erst ab 2004	- 81.300 EUR
Herauslösung Unterabschnitt 1200 Jahre Magdeburger Stadtgeschichte aus dem Budget 4	- 24.500 EUR
Herauslösung Betrag aus Unterabschnitt 30000 in Unterabschnitt 30010 1200 Jahre Stadtjubiläum	- 70.000 EUR
Verleihung des Otto-von-Guericke Stipendiums	+ 6.000 EUR
	18.263.300 EUR
Planentwurf 2003	18.263.300 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**0 EUR**

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	17.715.500 EUR
Umsetzung an Budget 6	- 2.300 EUR
Kennzeichnung einer Einnahmehaushaltsstelle mit Budgetvermerk (1.46400.171000.0)	(-) 11.885.400 EUR
	5.827.800 EUR
Planentwurf 2003	8.289.200 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**2.461.400 EUR**
Erläuterung:	
Mindereinnahmen für Tageseinrichtungen für Kinder	778.300 EUR
Mehrausgaben im Bereich des Jugendamtes durch Erweiterung um 112 Hortplätze, Übergabe von 3 Einrichtungen in freie Trägerschaft	3.046.000 EUR
Ausgabeerhöhung bei Hilfe zur Erziehung (Unterabschnitt 4550)	513.000 EUR
Veränderungen durch Budgetverantwortliche (s. Anlage 6):	
Erhöhung Entgeltsatzung Kita ab 01.03.03	1.227.300 EUR
Veränderung Zuschuss an freie Träger (1.46400.717000)	-398.600 EUR
Veränderung Zuschuss an freie Träger (1.46000.717000)	-250.000 EUR

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	12.021.100 EUR
Umsetzung vom Budget 5 zum Budget 6 (Wohnungsbauförderstelle)	+ 2.300 EUR
Herauslösung Haushaltsstelle Sachausgaben/Gefahrenabwehr aus dem Budget 6	- 150.000 EUR
	11.873.400 EUR
Planentwurf 2003	11.873.400 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**0 EUR**

Erläuterung:
Veränderungen durch Budgetverantwortlichen (s. Anlage 6)

Erhöhung von Einnahmen	11.500 EUR
Zusätzliche Reduzierung von Ausgaben in Höhe von wegen Rückgang der Einnahmen aus Baugenehmigungsgebühren (gegenüber Haushaltsplanansatz 2002 um 600.800 EUR)	737.700 EUR

Budget 7 - Theater der Landeshauptstadt

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	10.065.000 EUR
Berücksichtigung der Tarifangleichung Ost/West	+ 318.600 EUR
	10.383.600 EUR
Planentwurf 2003	10.383.600 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**0 EUR**

Budget 8 - Freie Kammerspiele

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
	3.006.700 EUR
Zuschuss	
Berücksichtigung der Tarifangleichung Ost/West	+ 76.600 EUR
	3.083.300 EUR
Planentwurf 2003	3.083.300 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**0 EUR**

Budget 9 - Puppentheater

Vorgabe laut Eckwertebeschluss	
Zuschuss	1.267.100 EUR
Berücksichtigung der Tarifangleichung Ost/West	+ 26.500 EUR
	1.293.600 EUR
Planentwurf 2003	1.293.600 EUR
Differenz zum Eckwertebeschluss	**0 EUR**

Ab dem Haushaltsjahr 2003 wird der Deckungskreis öffentliches Grün (DKMSB) aufgelöst und die Ausgaben den Budgets zugeordnet. Die Gruppierung 510600 bleibt bestehen.

In der Anlage 2 ist der Budgetentwurf 2003 tabellarisch aufgezeigt, die Veränderungen durch Budgetverantwortliche und durch Beschluss des Finanz- und Grundstücksausschusses sind eingearbeitet worden.

Die Vergleichbarkeit der Budgetzuschüsse 2003 und 2002 ist im Einzelnen nicht gegeben. Beispielsweise sind dem Budget 5 Einnahmen vom Land laut KibeG in Höhe von 11.885.400 EUR ab 2003 zugeordnet, die bisher außerhalb der Budgetierung geführt wurden.

2. Vermögenshaushalt

Der Haushaltsplan 2003, Teil Vermögenshaushalt, ist nur in Form einer Investitionsprioritätenliste 2003 – 2006 (Anlage 4) beigefügt.

Der Stadtrat hatte die Verwaltung beauftragt, die Investitionsprioritätenliste inhaltlich neu zu gestalten. Seit dem erfolgte in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2003 und auf der Basis des Nachtragshaushaltes 2002 in verschiedenen Etappen die Erarbeitung einer neuen Listenstruktur.

Eine wesentliche Etappe war die Kategorisierung der Vorhaben nach folgendem Arbeitsstand:

Kategorie
1. Baubeginn erfolgte
2. Haushaltsunterlage Bau beschlossen, Planung begonnen
3. Grundsatzbeschluss liegt vor
4. Grundsatzbeschluss liegt noch nicht vor

Diese Zuordnung ergab bereits eine gewisse Rangigkeit zwischen den Vorhaben. Die Zusammenfassung ähnlich gelagerter insbesondere allgemeiner bzw. wertmäßig kleinerer Vorhaben war eine weitere Etappe, die zu einer Reduzierung des Umfangs der Investitionsprioritätenliste beiträgt. Die Summierung dieser Maßnahmen bzw. die zusammengefassten Positionen sind auf der ersten Seite der Liste in grüner Farbe dargestellt.

Zwischenzeitlich wurden die Entwurfszahlen für 2003 bis 2006 eingearbeitet. Parallel dazu wurde durch den Stadtrat mit dem Eckwertebeschluss - Beschluss-Nr.: 1864-53(III)02 - die Kreditaufnahme für die Jahre 2003 bis 2006 begrenzt.

55.000 Tsd. EUR	2003
30.000 Tsd. EUR	2004
20.000 Tsd. EUR	2005
0 Tsd. EUR	2006

Die Investitionsprioritätenliste wurde auf dieser Grundlage überarbeitet. Diese Vorgaben des Kreditrahmens, insbesondere für das Haushaltsjahr 2003 führte zu einer Veränderung der Jahresscheiben verschiedener Vorhaben. Nicht ausgereifte Vorhaben wurden gestrichen. Die beiliegende Investitionsprioritätenliste ist das Ergebnis der Erarbeitungsetappen und umfasst den Haushaltsplanentwurf 2003 für den Vermögenshaushalt.

Der vom Eckwertebeschluss geforderte Gesamtkreditrahmen von 105,0 Mio. EUR für die Jahre 2003 bis 2006 wird um 3,8 Mio. EUR unterschritten.

Der Haushaltsplan 2003, Teil Vermögenshaushalt, hat ein Gesamtvolumen von 172.677.500 EUR. Gegenüber dem Nachtragshaushalt 2002 ist das eine Steigerung um 42.750.900 EUR (2002 = 129.926.600 EUR).

Bei einem Vergleich zum Finanzplanjahr 2003 des mittelfristigen Finanzplanes des Nachtragshaushaltsplanes 2002 ist eine Reduzierung des Investitionsvolumen um 52.349.100 EUR (2003 = 225.026.600 EUR) eingetreten.

Die Fortführung aller bisher begonnenen Großprojekte wird mit dem Haushaltsvolumen 2003 gesichert:

Bezeichnung des Objektes	**Jahresansatz im Haushaltsplan 2003 in Tsd. EUR**
• Sanierung Freie Kammerspiele	1.905,3
• Sanierung Rathaus	1.300,0
• Sanierung des Stadtteiles Buckau	6.161,5
• Stadtumbauprogramm Ost – Aufwertung	2.498,2
• Stadtumbauprogramm Ost – Rückbau	2.718,3
• Sanierung historischer Stadtkern	2.871,0
• Wiederaufbau der Sternbrücke	3.834,7
• Brandschutzmaßnahmen in Schulen	2.500,0
• Sanierung Kindertagesstätten	3.668,6
• Rekonstruktion Berufsschule VIII	7.905,4
• Gesellschaftshaus 2. und 3. BA	836,0
• Sanierung der Elbe-Schwimmhalle	7.447,9
• Rekonstruktion Hauptstadion Ernst-Grube-Stadion	1.000,0
• Flughafen Ausbaustufe	2.429,2

Diese und noch weitere Baumaßnahmen, die aus dem beiliegenden Haushaltsplan 2003 zu entnehmen sind, tragen zu sichtbaren baulichen Veränderungen in der Landeshauptstadt Magdeburg bei.

Für Baumaßnahmen sollen eingesetzt werden in:

	in Tsd. EUR
• Schulen	20.147,9
• Kindereinrichtungen	3.668,6
• Sportstätten und Badeanstalten	9.297,9
• Kulturelle Einrichtungen	7.079,5

Gegenüber dem Plan 2002 reduzieren sich die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 5) im Haushaltsplan 2003 von 106.610.100 EUR um 20.597,1 EUR auf 86.013.000 EUR.

Zum Ausgleich des Investitionshaushaltes 2003 wurde ein Kreditbedarf von 48.550.400 EUR (28,12 % vom Volumen) ermittelt. Dieser Kreditbedarf liegt mit 28.543.400 EUR niedriger als bei der geplanten Kreditgröße aus der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006 für das Finanzjahr 2003.

Der mittelfristige Finanzplan und das Investitionsprogramm 2002 – 2006

Mit der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2003 wurden auch die Ansätze im mittelfristigen Plan neu eingeschätzt. Basis dafür ist der Eckwertebeschluss des Stadtrates.

Im Ergebnis zeigt sich folgendes Bild beim Bedarf an Investitionsmitteln in den Folgejahren:

- in EUR -

	2002	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**
Mittelfristige Entwicklung lt. Nachtragshaushaltsplan-**2002**	129.926.600	225.026.600	172.414.800	125.061.500	0
Mittelfristige Entwicklung lt. Haushaltsplan-Entwurf **2003**		172.677.500	146.556.500	104.764.700	88.563.900

Der zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes notwendige Kreditbedarf stellt sich mittelfristig wie folgt dar:

- in EUR -

	2002	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**
Mittelfristige Entwicklung lt. Nachtrags-haushaltsplan-**2002**	32.916.600	77.093.800	63.393.200	39.246.800	0
Mittelfristige Entwicklung lt. Haushalts-plan-Entwurf **2003**	33.054.000	48.550.500	35.736.000	16.877.200	0

Mittelfristig sind u.a. Haushaltsansätze für die Fortführung des Baues des Tunnels unter dem Universitätsplatz, für den Wiederaufbau des Gesellschaftshauses 2. und 3. BA, für den Aussichtsturm im Stadtpark, komplette Sanierung der Freien Kammerspiele, Wiederaufbau der Sternbrücke sowie die Rekonstruktion diverser Spielanlagen eingeordnet.

Czogalla

Anlagen sind eingescannt